



# **NACH- GEFRAGT!**

**GESTÄRKT FÜR EIN  
SOLIDARISCHES MITEINANDER.**

Interviews mit drei  
Expert\_innen zur  
Auseinandersetzung mit  
Rechtspopulismus

2019

Interviewreihe der Fach- und Netzwerkestellen Berlins

# ÜBER UNS

Wir haben uns entschlossen, unsere Interviewreihe ein weiteres Jahr fortzuführen. Weil wir weiterhin der Meinung sind, dass unser demokratisches Handeln vor Ort Expertise braucht. Um Praxis und Wissenschaft zu verzahnen. Um in Diskussionen mit einer menschenrechtsorientierten Grundhaltung zu streiten. Weil wir aktuellen Debatten auf den Grund gehen wollen, die sich nicht nur uns immer wieder aufdrängen – sondern auch unseren Kolleg\_innen, Kooperationspartner\_innen und den vielen Engagierten in Pankow, Lichtenberg, Mitte, Trepow-Köpenick und anderswo. Wir brauchen neue Allianzen zwischen unterschiedlichsten Projekten und Professionen, um in Diskussionen selbstsicherer mit einer menschenrechtsorientierten Grundhaltung streiten zu können. Und vor allem um politische Konzepte zu entwickeln, die der Vielfalt der Gesellschaft gerecht werden.

In gesellschaftspolitischen Debatten, um die Ehe für alle, die Kategorie „divers“ im Personalausweis etc. bringen rechte Akteur\_innen immer wieder „deutsche Leitkultur“, Heimatliebe und völkisches Denken in Stellung. , Aber die Abschaffung von hegemonialen, ausschließenden Normen heißt nicht die Diskriminierung der Mehrheit. Es ist ein demokratischer Prozess, weil sich die Leute dafür entscheiden“, betont Eike Sanders im Interview #7. „...genau bei so einem Begriff wie ‚Heimat‘ wird es ganz deutlich: Da wird selbstverständlich auch definiert wie ‚unsere Leitkultur‘ sein soll - also was der weiße deutsche Mainstream sein soll. Rassismus und Antifeminismus bzw. Sexismus und andere Diskriminierungsformen kommen zusammen,“ erklärt sie weiter. Diese in rechten Weltbildern verankerte Verzahnung von Diskriminierungsformen führt dazu, dass immer mehr Projekte und gesellschaftliche Bereiche in den Fokus geraten und von rechtspopulistischen Einschüchterungsversuchen und Angriffen betroffen sind: Frauenprojekte, queere Aktivist\_innen, Theater, Fachhochschulen oder Kultureinrichtungen.

Auch vor Kirchen und Gemeinden machen diese Diskurse nicht halt. So werfen die Theologin Silke Radosh-Hinder und Christian Staffa von der Evangelischen Akademie Berlin im Interview die Frage auf, welchen Anteil Kirche daran hat, wie es in der Welt zugeht? Wie ist das Verhältnis von christlichen Werten und rechten Weltbildern? Sie problematisieren die „große Gewaltgeschichte“ des christlichen Abendlandes und das christliche Werte auch im Gegensatz zu etwas anderem definiert werden, womit im Subtext

dann u.a. „antimuslimische Stereotype transportiert werden.“ Zugleich nehmen sie aber auch eine „ziemlich klare Positionierung von kirchlicher Seite gegen Populismus wahr. Und eine sehr klare Eindeutigkeit darin, dass es Positionen gibt, mit denen man nicht mehr Teil der Kirche sein kann.“

Immer wieder pochen rechtspopulistische Akteure auf die vermeintliche Pflicht zur Neutralität – mit dem Ziel, unliebsame politische Meinungen zum Schweigen zu bringen. Sobald Vereine, Institutionen oder NGOs staatliche Mittel erhalten, sollen diese sich nicht mehr zu Parteien äußern dürfen. Der Versuch das Neutralitätsgebot auf zahlreiche gesellschaftliche Bereiche und Akteure auszudehnen und bei Verstoß mit Klage zu drohen verunsichert demokratisch Engagierte auch auf einer juristischen Ebene.

Die Rechtsanwältin Dr. Franziska Drohsel plädiert im Gespräch mit ihr dafür klare Haltung zu zeigen, denn „der Einsatz für Demokratie und gegen menschenfeindliche Einstellungen (ist) etwas, das sich im Rahmen der streitbaren Demokratie aus dem Grundgesetz ergibt.“ Man müsse mit Blick auf das Neutralitätsgebot Förderrichtlinien, Meinungsfreiheit und Gleichbehandlungsgrundsatz der Parteien miteinander abwägen.

Sie betont dabei: „Ein freier Träger ist zunächst als freier Träger aktiv und tritt nicht als Vertreter des Staates in Erscheinung.“ Deswegen ist ihrer Ansicht nach bei freien Trägern das Neutralitätsgebot viel weiter zu sehen.

Eike Sanders hat es in ihrem Interview auf den Punkt gebracht: „Die Leute (...) machen eine Politik gegen eine vielfältige, diskriminierungsfreie Gesellschaft. Aber diese Gesellschaft haben wir nicht, für die kämpfen wir und die kämpfen dagegen.“

Deswegen haben wir unsere im Dezember 2017 begonnene Reihe, mit Expert\_innen ins Gespräch zu gehen, fortgesetzt. In den Interviews fragen wir Expert\_innen nach ihren Argumenten für eine demokratische Kultur und für ein solidarisches Miteinander von allen, die in dieser Stadt leben.

Mit der vorliegenden Broschüre bündeln wir alle Stimmen aus dem Jahr 2019. Ihre fachlichen Einschätzungen geben uns Hinweise auf aktuelle Herausforderungen und stärken demokratische Positionen. Diese Standpunkte klar zu vertreten und Personen zu unterstützen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung stark machen, ist ein wesentliches Ziel unserer Arbeit.

# INHALT

|   |    |
|---|----|
| <b>#6</b><br><b>Kein Streit ist auch keine Lösung</b><br>Interview mit <a href="#">Silke Radosh-Hinder</a> und <a href="#">Christian Staffa</a> | 7  |
| <b>#7</b><br><b>„Gendergaga“ – Ein rechter Kampfbegriff</b><br>Interview mit <a href="#">Eike Sanders</a>                                       | 17 |
| <b>#8</b><br><b>Unser Auftrag: Haltung zeigen!</b><br>Interview mit <a href="#">Dr. Franziska Drohsel</a>                                       | 27 |



**#6**

# KEIN STREIT IST AUCH KEINE LÖSUNG

## Interview mit Silke Radosh-Hinder und Christian Staffa



Silke Radosh-Hinder studierte Theologie und Erziehungswissenschaften in Bielefeld, Heidelberg und Berlin. Seit 1998 ist sie im Kirchenkreis Berlin Stadtmitte tätig: von 2003 bis 2011 als Leiterin der „Jerusalemskirche – Forum für interreligiöse Bildung“, seit 2009 als Kreisjugendpfarrerin im Evangelischen Kirchenkreis Berlin Stadtmitte. Als stellvertretende Superintendentin ist sie besonders in den Bereichen interreligiöse Bildung, Arbeit mit Geflüchteten und Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aktiv. Internationale Kooperationen mit Gemeinden in New York gehören ebenfalls zu ihren Aufgaben. Seit über zwanzig Jahren engagiert sie sich im Bereich der Erinnerungspolitik und ist in verschiedenen Netzwerkinitiativen aktiv.



Dr. Christian Staffa studierte ev. Theologie in Berlin, Tübingen und Prag. Von 1999-2012 war er Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. (ASF). Seit November 2013 ist Staffa Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche/Bildung an der Evangelischen Akademie zu Berlin. Er ist zudem Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung AMCHA, christlicher Vorsitzender der AG Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag, Mitglied des Kuratoriums Instituts Kirche und Judentum und Mitglied im SprecherInnenrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus sowie Gründungsmitglied des Netzwerkes antisemitismus- und rassismuskritische Religionspädagogik und Theologie (NARRT).

### **Inwieweit seid ihr in eurer praktischen Arbeit mit einem von rechts propagierten christlich-abendländischen Wertebild konfrontiert?**

**SILKE RADOSH-HINDER:** Ich kann zum Beispiel auf Veranstaltungen einschlägiger Parteien oder Bewegungen mit Plakaten zum christlichen Wertebild, das in der Regel auf einer antimuslimischen Folie agiert, konfrontiert sein. Im Gemeindealltag passiert das eher selten in dieser populistischen Platttheit, zumindest in den Berliner innerstädtischen Gemeinden. Dazu kommt, dass wir nicht unbedingt diejenigen sind, bei denen man ausprobiert, ob eine rechts-populistische Position Bestätigung findet. Denn diese Positionen sind nicht immer auf den massiven Gegenwind ausgerichtet, sondern wollen erst einmal eine Solidarisierung finden. Vielleicht werden wir deshalb nicht so viel damit konfrontiert. Was aber nicht heißt, dass das Reden von christlichen Werten nicht anschlussfähig ist. Vor allem weil es leicht ist, christliche Werte im Gegensatz zu etwas anderem zu setzen. Im Subtext können dann antimuslimische Stereotype transportiert werden.

Die Frage ist, welche Positionen sind anschlussfähig? Christliche Werte werden inhaltlich verbunden mit Menschenrechten, mit demokratischen Rechten und Frauenrechten. Mitnichten ist eines dieser Werte eine christliche Erfindung. Nun kann man sagen, das ist schön, dass man sich diese demokratischen Werte nachträglich zu Eigen gemacht hat. Die Gefahr ist aber, dass diese Werte quasi nur oben drüber liegen und nicht wirklich stabil verankert sind. In dem Moment, wenn sich gesellschaftliche Werte wieder umdrehen, im Populismus, bleibt dann vielleicht automatisch nicht so viel von den demokratischen Werten übrig.

**CHRISTIAN STAFFA:** Ich sehe Weihnachten 2014 das von Pegida-Anhänger\_innen mit der Deutschlandfahne umwickelte Kreuz vor mir. Die zugrundeliegende Abendland-Rhetorik wäre auch im deutschen Protestantismus anschlussfähig, nicht so platt, aber doch in Bezug auf sogenannte christliche Werte. Aber was beinhaltet die Rede von „christlichen Werten“ alles, von sehr bildungsbürgerlichen Bildern bis hin zu rechtspopulistischen? Es ist in meinem Alltag in der Evangelischen Akademie zu Berlin extrem selten, das Leute so etwas vor sich hertragen. Und trotzdem gibt es da ein komplexes Problem.

Das christliche Abendland trägt eine große Gewaltgeschichte mit sich herum. Durch die Kirchengeschichte hindurch gab es aber auch immer wieder Kräfte, die sich auf die partizipativen, egalitären Elemente der Heiligen Schrift beriefen. Es gibt da eine Verbindung, die aber nicht in der Formulierung christliches Abendland aufgeht. Im Antikommunismus der jungen Bundesrepublik spielt der Terminus des christlichen Abendlandes eine Riesenrolle, und so taucht es im AfD-Programm wieder auf. Athen – Rom – Golgatha, das sagt Theodor Heuss schon in den fünfziger Jahren, das ist es, was uns verbindet gegen die Kommunisten. Neu ist, dass diese Werte gegen die liberale Demokratie in Stellung gebracht werden.

**SILKE RADOSH-HINDER:** Ich nehme zumindest im Moment aber auch eine ziemlich klare Positionierung von kirchlicher Seite gegen Populismus wahr. Und eine sehr klare Eindeutigkeit darin, dass es Positionen gibt, mit denen man nicht mehr Teil der Kirche sein kann. Das ist ein Novum, dass Kirche dies so klar äußert. Es gibt die Hoffnung, dass die protestantische Kirche vom Nationalsozialismus gelernt oder zumindest wahrgenommen hat:

Es gibt keine intrinsische Sicherheit, totalitären Systemen nicht zu verfallen. Hier braucht es eine klare Aktivität von Seiten der Kirchen. Und ich sehe bei den Menschen, die Mitglied in den innerstädtischen Gemeinden der Kirche sind ein klares Votum zu Unterstützung und Solidarität mit Geflüchteten. Auf der anderen Seite geben Studien auch Anlass zur Sorge, nämlich dass christlich geprägte Menschen keinesfalls automatisch immun gegen menschenverachtende Positionen sind.

### **Welche Beispiele guter Praxis gibt es in der Gemeindegearbeit und darüber hinaus, um Haltung gegen Theorien der Ungleichwertigkeit zu zeigen? Wo in der Kirche wären Ansatzpunkte für gute Praxis?**

**CHRISTIAN STAFFA:** Umfragen zeigen, dass das Wahlverhalten von Christ\_innen gegenläufig zur eigenen Einstellung ist. Bundesweit wie in Sachsen-Anhalt wählten Christ\_innen um 50 Prozent seltener die AfD als andere Wähler\_innen, trotz der vermeintlich größeren Affinität zu deren Inhalten. Natürlich gibt es auch in der Kirche „bauchige“ Kritik

## **Das christliche Abendland trägt eine große Gewaltgeschichte mit sich herum.**

an der Führungsebene, ähnlich der vulgären Politiker\_innenschelte. Aber es gibt eine Hemmung, da die Führung – katholisch wie evangelisch – an den meisten Stellen klar Position bezieht. Ein gutes Beispiel ist also eine stabile, klare Positionierung der Führungspersonen.

Die Frage ist doch, welchen Anteil wir daran haben, wie es gerade in der Welt zugeht? Kirche hat eine Sprache entwickelt nach dem Motto: Du denkst das, ich denke das, und wir sind total liberal.

## **Ich nehme eine ziemlich klare Positionierung von kirchlicher Seite gegen Populismus wahr.**

Doch unterwegs haben wir die Theologie verloren. Und zwar auch bei Kernbegriffen, wie zum Beispiel dem der Sünde: Wo verfehle ich mich? Wir Christenmenschen sind nicht frei von, z.B. Rassismus oder Sexismus. Der Sündenbegriff würde hier Solidarität ermöglichen, bei gleichzeitiger Benennung der Verfehlung.

Angst ist Sünde, weil sie ein Um-Sich-Selbst-Kreisen bedeutet und eigentlich Besitzstandswahrung ist. Angst als Motivation von Rassismus sieht nur die Bedrohung des eigenen Landes, des eigenen Reichtums und diese Selbstbezogenheit ist extrem nicht-christlich. Leider haben wir keine Begriffe – auch nicht auf säkularer Seite für unsere schuldhaftige Verstrickung in die Unterdrückung anderer Kontinente, in Hunger und Tod auf der Welt. Wir betrügen uns darum und das ist problematisch, weil wir so nicht mehr handlungsfähig sind.

**SILKE RADOSH-HINDER:** Ich finde es fatal, dass wir den Begriff der Visionen aufgegeben haben. Als christliche Gemeinschaft könnten wir Visionen für eine andere Welt einbringen. Das konnten wir ganz gut, aber wir haben es aufgegeben. Und wenn es keine Vision oder Utopie mehr gibt, wo man hinkönnte, dann sind die Menschen nur noch daran interessiert, was sie jetzt bewahren können. Gleichzeitig bin ich immer noch begeistert, was seit 2015 alles möglich ist. Es ist ein Narrativ in der Zeit entstanden, das besagt, dass es etwas gibt, das wir zurückgeben können. Doch die Kirche ist zu stark der Wohlfahrt verhaftet geblieben: „Wir kümmern uns um euch“ – aber es gab keinen/

wenig partizipativen Charakter und wenig Hinterfragen der rassistischen Anteile in der Wohlfahrtsarbeit. Da sind wir was schuldig geblieben.

### **Wie ist eure Bewertung des interreligiösen Dialogs im Kontext des propagierten Rechtsrucks in der Gesellschaft?**

**SILKE RADOSH-HINDER:** Es gibt nicht den interreligiösen Dialog. Ich spreche lieber von interreligiösen Formaten, die auch ganz unterschiedliche Zielrichtungen haben. Es gibt zum Beispiel Gruppen, die treffen sich zum Wissenstransfer: Was glaubst du? Was glaube ich? Ein ganz klassisches Format, mit dem viele Menschen großartige Erfahrungen verbinden. Interreligiöser Dialog ist hier eng verbunden mit einer gesellschaftlichen Haltung und einem Gefühl von Solidarisierung. Und dann gibt es zunehmend Formate, die fragen, was können wir gemeinsam machen? Es gibt interreligiöse Chöre, das House of One und andere Beispiele. Religiös gebundene Menschen tun sich zusammen, um gemeinsam ein Signal zur Verbesserung der Gemeinwohlsituation zu setzen. Das ist ein kraftvolles Zeichen in die Gesellschaft, wenn die, die als unvereinbar gelten, gemeinsam etwas tun. Das vermittelt eine Vision. Deshalb glaube ich, dass z.B. auch Parteien, die sich mit Religion schwertun, mit interreligiösen Initiativen durchaus etwas anfangen können.

**CHRISTIAN STAFFA:** Die Gefahr, die ich sehe, ist folgende: Interreligiöse Formate können davon ablenken, dass Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit gesamtgesellschaftliche Probleme sind, die kei-

## **Ich finde es fatal, dass wir den Begriff der Visionen aufgegeben haben.**

## Wir müssen das Gespräch suchen und im Gespräch bleiben.

ne realen Juden oder Muslime brauchen. Man findet sich gut, wenn man miteinander redet, kommt aber nicht an die projektiven Anteile von Antisemitismus bzw. Muslimfeindlichkeit ran. Interreligiöse Formate als Tool gegen rechts bzw. gegen Rassismus auf dieser symbolpolitischen Ebene könnten die Kehrseite haben, dass sie die Auseinandersetzung mit den eigenen Positionen verhindern.

Christlich-jüdische Gespräche sind zudem kompliziert, denn nicht wenig jüdische Menschen haben andere existenzielle Ängste vor muslimischem Antisemitismus als Christ\_innen. Das dramatisiert die Situation des Gesprächs nochmal sehr, auch in Verbindung mit dem Thema Israel. Die Bedrohung durch die Nachbarländer Israels wird hier in Deutschland oft unterschätzt. Und es gab zu lange ein Ausweichen vor dem Antisemitismus in der muslimischen Community. Und gleichzeitig gibt es in Teilen der christlichen Community einen Schulterchluss mit jüdischen Stimmen, die sich deutlich zu Antisemitismus positionieren. Das Gelände ist extrem kompliziert. Aber genau diese Themen und Konflikte müssten auf den Tisch im interreligiösen Dialog.

**SILKE RADOSH-HINDER:** Auch die Zusammenarbeit mit muslimischen Communities ist in den letzten Jahren schwieriger geworden. Nationale Interessenlinien, z.B. in der Türkei, haben die Zahl der repräsentativen, kooperationsfähigen und -willigen Vereine und Organisationen verengt. Und ich kenne wenige große Initiativen, die nicht früher oder später durch kritische Mediendiskurse eingeschüchtert wurden. Zudem ziehen wir uns auch ganz gerne heraus mit der Argumentation: „Wir haben nichts zu tun mit muslimischem Antisemitismus, können aber gerne Gespräche moderieren.“

Diese Haltung zeigt sich auch im Konflikt Israel und Palästina: Da haben wir angeblich auch nichts mit zu tun, weil die Shoah und der Nationalsozialismus schon so lange vorbei sind, bzw. wir so viel daraus gelernt haben. Diese unreflektierte Haltung macht die Zusammenarbeit sehr viel komplexer. Und davon nehme ich mich selbst keinesfalls aus.

**CHRISTIAN STAFFA:** Aber trotzdem müssen wir weiter das Gespräch suchen und im Gespräch bleiben! Muslimfeindlichkeit auf Seiten der Lehrkräfte ist dramatisch gestiegen. Kinder suchen einen Platz zum Beten in Schulen und gehen zum Hausmeister, weil es keinen Raum zum Beten gibt, außer im Keller. Dieses Lebensgefühl führt zu einer Verhärtung auf allen Seiten.

**SILKE RADOSH-HINDER:** Und gerade auf dieser Ebene könnten interreligiöse Formate eine wichtige Funktion haben. Vor allem dann, wenn wir ansonsten nicht viel miteinander zu tun haben, schaffen interreligiöse Formate Einblicke in das Leben anderer Menschen. Denn sie gehen einher mit einer großen Verlässlichkeit und Wohlwollen, mit einer Empathieleistung über die eigene Gruppe hinaus und bringen eine öffentliche Solidarisierung mit sich.

### Was brauchen gelingende interreligiöse Formate?

**SILKE RADOSH-HINDER:** Meine Überzeugung ist, interreligiöse Formate mit Hand und Kopf zu machen. Die Frage ist doch, wie wir in dieser Welt zusammenleben wollen? Diese Frage interessiert mich und die Erfahrung etwas verändern zu können mit Menschen, die unterschiedlich sind, ist ein

## Konflikte müssten auf den Tisch im interreligiösen Dialog.

## Gerade in der Arbeit gegen Rechtspopulismus ist doch die übergreifende Frage, wer unsere Verbündeten sind, um die Gesellschaft demokratisch zu erhalten.

Motivationstrigger. Davon kann hochvisionäres Potenzial ausgehen. Da steckt Hoffnung drin, die wir sonst in der Gesellschaft nicht so oft haben. Interreligiöse Formate sind anschlussfähig in Gesellschaft und Politik, weil sich darüber das Neutralitätsgebot wahren lässt, da ich bei interreligiösen Gruppen nicht nur mit einer Religion zusammenarbeite.

**CHRISTIAN STAFFA:** Für einen gelingenden Dialog brauche ich die Bereitschaft, die eigene Identität zu öffnen. Das meint nicht, Differenz zu leugnen, vielmehr ein Prozess der Änderung und Öffnung durch die Wahrnehmung der Anderen. Gelingende interreligiöse Formate sind mehr als reine Selbstbestätigung, sondern haben eine revolutionäre Dimension. Interreligiöser Dialog ist dann hochpolitisch und demokratisch, wenn Menschen sehen, dass sie sich in der Begegnung mit dem Anderen verändern können, dass nichts festgefügt ist.

**SILKE RADOSH-HINDER:** Interreligiöse Formate dürfen aber keine Ausrede sein, um sich nicht mehr mit anderen gesellschaftlichen, atheistischen Gruppen auseinander zu setzen. Wir können

nicht nur die Nähe zu Menschen suchen, die wir als religiös betrachten, um vielleicht auch unseren eigenen religiösen Fußabdruck gesellschaftlich zu untermauern. Gerade in der Arbeit gegen Rechtspopulismus, für die Stärkung der Demokratie ist doch die übergreifende Frage, wer unsere Verbündeten sind, um die Gesellschaft demokratisch zu erhalten.

### Was gibt ihr uns auf den Weg mit?

**CHRISTIAN STAFFA:** Laut dem Soziologen und Sozialpsychologen Harald Welzer lehrt uns die Geschichte des Nationalsozialismus, dass der Fokus auf diehaltungsfrage nichts nützt. Haltung funktioniert nicht auf Dauer, sie kann sich ändern, wenn sich die gesellschaftlichen Umstände ändern. Und dann ändert sich auch die Praxis. Günther Anders, Philosoph und Schriftsteller, hat mal gesagt, wir brauchen gymnastische ethische Übungen. Darum könnte es gehen im interreligiösen Dialog: Im gemeinsamen Einüben demokratischer Einstellungen. Bei der Analyse von Gewaltprozessen und -exzessen lässt sich beobachten, dass auch das Böse eingeübt werden muss. Denn auch unmoralisches Verhalten ist nicht einfach da, sondern braucht Übung. Das sieht man auch bei Pegida, wie schnell dieses Einüben geht. Und als 2015 die Geflüchteten zu uns kamen, hat das Einüben des Guten auch funktioniert.

**SILKE RADOSH-HINDER:** Ich glaube wir müssen viel mehr Koalitionen eingehen. Wir müssen enge Verbindungen knüpfen, wo dieses Einüben

## Wir sollten über die eigenen Begrenzungen hinweggehen und Berührungängste abbauen.

## Uns fehlt ganz oft die Arena der politischen Überzeugungen, wo wir über Positionen verhandeln.

passieren kann. Dabei sollten wir über die eigenen Begrenzungen hinweggehen und Berührungspunkte abbauen. Wir sollten uns überraschen lassen, wer plötzlich an unserer Seite steht.

**CHRISTIAN STAFFA:** Wir haben einen großen Harmoniebedarf und der hat seine Kehrseiten. Kein Streit ist auch keine Lösung. Gerade weil wir vor existenziellen Fragen stehen.

**SILKE RADOSH-HINDER:** Wenn es aber kein Bewusstsein mehr darüber gibt, ob wir noch eine gemeinsame Bezugsgröße haben, z. B. gibt es den Klimawandel? Wenn alles gleichwertig gehandelt wird – Leugnung und wissenschaftliche Erkenntnis – weil es keinen Bezug mehr auf etwas Gemeinsames, auf „Wahrheit“ gibt, dann wird es schwierig. Dann wird die Position der Leugnung auch gefährlich.

**CHRISTIAN STAFFA:** Trotzdem existieren diese Positionen und wir müssen damit umgehen. Ein Jammern darüber ist sinnlos.

**SILKE RADOSH-HINDER:** Uns fehlt ganz oft die Arena der politischen Überzeugungen, wo wir über Positionen verhandeln. Und dann, wenn alles gleichwertig ist, bleibt nur noch der Eliminationsgedanke der anderen Position.

**CHRISTIAN STAFFA:** Es gehört zur gymnastischen Übung, sich zu fragen, was passiert, wenn ich eine Gegenposition im Raum habe und machtlos bin. Wie komme ich zu einem Diskurs, der andere Positionen zulässt und trotzdem Streitbar ist. ■

Das Interview führten Lina Respondek, Bettina Pinzl und Marcel Dieckmann.



**#7**

# „GENDER- GAGA“ – EIN RECHTER KAMPF- BEGRIFF

**Interview mit  
Eike Sanders**



Eike Sanders ist Mitarbeiterin des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums Berlin e.V., wo sie seit zehn Jahren zentral zu dem Thema extreme Rechte und Gender forscht, publiziert und Bildungsarbeit durchführt. Ihre Schwerpunkte sind die ‚Lebensschutz‘-Bewegung, Antifeminismus sowie Rechtsterrorismus. Sie ist Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus und bei NSU-Watch.

**R**echte und rechtspopulistische Akteure sprechen von „Genderismus“ oder „Genderwahn“, wenn sie progressive Geschlechterpolitik kritisieren wollen. Was steckt hinter diesen Begriffen?

Zunächst muss man betonen, dass „Genderismus“ genau mit diesem -ismus am Ende eine Erfindung der Rechten ist. Es ist damit ein rechter Kampf begriff, eine Feindbildkonstruktion. „Genderismus“ ist die Idee, dass von den politischen Instrumenten für Gleichstellung und Geschlechter-Diversität, vor allen Dingen Gender Mainstreaming, eine Gefahr für die Welt ausgeht, zumindest für die Welt, wie Rechte sie haben wollen. Das Ganze ist, nachdem der Vatikan schon Mitte der 1990er gegen die „Gender-Ideologie“ anschrieb, dann 2006 im deutschen Feuilleton angekommen. Es ist ein Feindbild geworden, das jedoch komplett sinnentleert ist. Es gibt in dieser Szene so lustige Slogans wie „Gender - nein danke!“. Nun ist „Gender“ ja erstmal nur völlig wertfrei der Begriff für die Geschlechtsidentität, die sozial konstruiert ist, wobei „sex“ das biologische bezeichnet. Ein so leerer Slogan müsste eigentlich die Ablehnung

sozialer Geschlechterrollen bedeuten, aber sicher will er sagen, dass er die soziale Konstruiertheit von Geschlecht nicht anerkennt. Und dass im Gegenteil damit ausgesagt werden soll, dass Menschen qua Geburt in eindeutige Männer und eindeutige Frauen mit angeborenen festgelegten sozialen Rollen eingeteilt werden müssen.

Teil dieses rechten Diskurses ist auch, dass es ein politisches Programm gäbe, das hinter Gender Mainstreaming steht – teilweise wird von „politischer Geschlechtsumwandlung“ gesprochen, das geht schon in Richtung Verschwörungstheorie. Dahinter stehe demnach der Plan, dass die zwei Geschlechter und die Heterosexualität abgeschafft werden sollen, dass es also keine Männer und keine Frauen mehr geben soll, sondern nur noch den einen „neuen Menschen“, ein geschlechtsloses Wesen, dadurch sei dann die ganze heterosexuelle Kleinfamilie bedroht.

### **Welche Rolle spielen der Antifeminismus und das Vertuefeln von Gender Mainstreaming in der extrem rechten Ideologie?**

Es ist auf jeden Fall in den letzten 10 bis 15 Jahren als ein zentrales Element rechter Ideologien sichtbar geworden. Dichotome Geschlechterbilder waren aber immer schon Grundlage rechter Ideologie. Auch wenn es in der extremen Rechten und im Neonazismus eine Modernisierung von Rollenbildern gegeben hat. Natürlich gilt in gewissen Spektren und in einer gewissen Einfachheit immer noch die Idee, dass Männer Krieger sind, dass sie die Po-

## **Dichotome Geschlechterbilder waren aber immer schon Grundlage rechter Ideologie.**

## **Antifeminismus arbeitet sich an einer negativen Illusion von Feminismus ab.**

litik machen, dass sie die Ernährer sein sollen, dass Männer rational seien und Frauen das Gegenteil, das Komplementäre, das sich beide harmonisch in ihrer Gegensätzlichkeit ergänzen sollten. Frauen seien demnach passiv und per se Mütter. Sie sind für die Kinder zuständig, für den Haushalt, die Kultur und die Privatsphäre, für die Emotionalität. Das wurde modernisiert und Teile der extremen Rechten sind flexibler geworden.

Antifeminismus arbeitet sich aber an einer negativen Illusion von Feminismus ab, es ist nicht Ziel der Programmatik der extremen Rechten Feminist\_innen überhaupt als legitime Dialogpartner\_innen anzuerkennen. Das sieht man heute vor allem im aufkommenden sogenannten Rechtspopulismus, wo ganz klar und öffentlich sichtbar geworden ist, dass der Antifeminismus das zweite Standbein von Parteien wie AfD und FPÖ ist: Es wird ganz konkret Politik gegen den Feminismus und seine Errungenschaften und Vertreter\_innen gemacht.

### **Diese und andere Parteien stehen auch für Debatten um Leitkultur und Heimat. Siehst Du in diesen antifeministische Elemente?**

Dank intersektionaler Forschung und Analysen wurde herausgearbeitet, wie sich Feindbilder und Diskriminierungsformen überschneiden und gegenseitig bedingen. Das heißt, genau bei so einem Begriff wie „Heimat“ wird es ganz deutlich: Da wird selbstverständlich auch definiert wie „unsere Leitkultur“ sein soll - also was der weiße deutsche Mainstream sein soll. Rassismus und Antifeminismus bzw. Sexismus und andere Diskriminierungsformen kommen zusammen: In einer rassistischen

Abgrenzung zu vermeintlichen Geschlechterbildern in „anderen Kulturen“ (z.B. islamisch geprägten Gesellschaften) liegt eine eigene Definition, ein eigenes Wir-Gruppen-Gefühl, wie „hier bei uns“ Geschlechterrollen wären. Da wird dann auch in Abgrenzung zu „dem muslimischen Mann“ und dem Diskurs nach Köln behauptet, in Deutschland sei die Emanzipation und Gleichstellung erreicht. „Unser natürliches“ Geschlechterrollenverhältnis sei an sich progressiv, die Frau sei emanzipiert. Alle Forderungen, die das anders sehen, seien „links-grün-versifft“ Propaganda. Alle Fakten, die es über sexualisierte Gewalt, Frauen\*hass und Diskriminierung von LGBTI\* in Deutschland gibt, werden ignoriert. Und genau darüber werden dann wieder Grenzen gezogen. Es wird gesagt: Weil es bei „den anderen“ noch viel schlimmer sei, was ja

## **Ich glaube, ein Fehler ist, dass häufig Soziale Arbeit nicht als politische Arbeit verstanden wird.**

eine rassistische Projektion ist, gehen die Forderungen in Bezug auf die weiße deutsche Gesellschaft zu weit. Als ob hier jetzt alle Frauen Karrierefrauen sein müssten, dabei wollen sie doch nur Hausfrau und Mutter sein. Es gehöre zu unserer modernen Freiheit, dass die Frau sich entscheiden kann – am Ende halt für ihre Bestimmung als Mutter, nur das ohne direkte Unterdrückung. Da bedingen sich die Diskurse und es wird genau über Abgrenzung immer auch ein eigenes Bild konstruiert.

### **S tichwort Köln: Sabine Hark hat im Interview das Problem der rassistischen Aufladung von feministischen Positionen proble-**

## **Wir haben keine Gesellschaft, in der es keine Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und sexueller Orientierung gibt.**

### **matisiert. 2018 gab es in Berlin einen rechten Frauenmarsch. Was ist in der Auseinandersetzung mit solchen Phänomenen wichtig?**

Zunächst muss betont werden, dass sich der Diskurs mit der Chiffre Köln verschoben hat. Aber die dort aufgerufenen Feindbilder, der „fremden“ Männer, die weiße deutsche Frauen vergewaltigen, greifen auf eine lange Tradition zurück, die auch aus dem historischen Nationalsozialismus kommt und nun mit antimuslimischem Rassismus gekoppelt ist. Sie bleibt aber antifeministisch, und das nicht nur, weil Feminismus antirassistisch sein muss. Der „Frauenmarsch aufs Kanzleramt“ 2018, eine Demonstration, die von einer AfD-Funktionärin organisiert wurde und von rassistischer und islamfeindlicher Hetze bestimmt war, zeigt das ganz gut: Im Vorfeld des Frauenmarsches wurden Biker mobilisiert, um die Frauen vor den gefährlichen Linken zu schützen. Hier werden beide Seiten der dichotomen Zweigeschlechtlichkeit angesprochen, sowohl die Biker als auch die Frauen und zwar genau über den gleichen Hebel: Deutsche Männer beschützen deutsche Frauen. Die Frage ist dabei aber auch, wo genau das selbstermächtigende Moment für rechte Frauen einhergeht mit diesem Antifeminismus? Der ist nämlich erfolgreich darin zu sagen: Ihr (linken) Feministinnen beschützt uns nicht und habt den Kampf für die körperliche Unversehrtheit der Frau aufgegeben, deswegen gehen wir für „Frauenrechte“ auf die Straße, grenzen

uns aber gleichzeitig von Feminismus ab. Darin können die Frauen Prestige und Handlungsmacht in der eigenen, ja durchaus männlich dominierten, Szene gewinnen. Und sie können ihren Rassismus ausleben, also nach unten treten, und ihre eigenen legitimen Ängste vor sexualisierter Gewalt nach Außen verlagern: Die Gefahr geht für sie entgegen aller statistischer Wahrscheinlichkeiten über sexualisierte Gewalt nicht vom Ex-Partner, Ehemann oder Onkel aus, sondern vom unbekanntem Fremden im dunklen Park.

Mich persönlich ärgert es sehr, wenn diese Realität von demokratischen antifaschistischen Aktiven einfach nur lächerlich gemacht und sich nicht ernsthaft damit auseinandergesetzt wird. Insbesondere auch, was Männlichkeit angeht: Welche Männlichkeiten werden da erfolgreich angesprochen? Das ist eine wichtige Frage, die die ganze Gesellschaft angeht. Klar können wir mit dem Finger auf Frauenmärsche zeigen, weil die ersten zwei Reihen von Frauen besetzt sind und dann nur noch Männer folgen. Das ist aber zu kurz gedacht, weil es den Mechanismus unsichtbar macht, der auch die rechte Szene für bestimmte Frauen attraktiv macht: Nämlich eine Selbstermächtigung innerhalb der rechten Szene, indem sie sich des Themas annehmen, sich in die erste Reihe stellen. Bestimmte Geschlechteridentifikationsangebote, die dort gemacht werden sind für Frauen einerseits und Männer andererseits attraktiv. Und natürlich darüber sehr sehr normierend und ausschließend für sehr sehr viele andere.

**Dem rechten Weltbild liegt eine diskriminierende Sicht auf Geschlecht und sexuelle Orientierung zugrunde.**

**Mit einer Hate Speech-Kampagne gegen eine einzelne Feministin sind wir alle gemeint.**

**Frauenprojekte geraten zunehmend ins Visir. Warum?**

Dass solche Projekte wichtig sind und es eher noch mehr davon geben muss, zeigt sich in der Notwendigkeit der Arbeit, die sie leisten. Wir haben keine Gesellschaft, in der es keine Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und sexueller Orientierung gibt. Deswegen ist diese Arbeit nach wie vor notwendig und sie ist sowieso unterrepräsentiert und unterfinanziert. Dem rechten Weltbild liegt eine diskriminierende Sicht auf Geschlecht und sexuelle Orientierung zugrunde, deswegen haben sie auch ein Interesse daran, empowernde und emanzipatorische Projekte im Feld von Genderpolitiken anzugreifen. Deswegen ist es total wichtig, dass die verantwortlichen Stellen und diese Projekte selbst sehen, wie schnell sie in den Fokus geraten können und darauf vorbereitet sind. Es ist aber ebenso wichtig, dass es ein solidarisches Miteinander gibt, wo ganz klar ist: Wenn solche Projekte angegriffen werden, ist eine vielfältige demokratische, also auch antifaschistische, antirassistische und feministische Gesellschaft gemeint. Natürlich ist der Angriff gegen Frauen, LGBTI\*, gegen Feministinnen einer, der eine Gesellschaft wie wir sie wollen, betrifft. Eine Hate Speech-Kampagne gegen eine einzelne Feministin ist eben nicht nur gegen diese Person gerichtet und kritisiert nicht nur diese Einzelperson, sondern damit sind wir alle gemeint, also alle, die eine vielfältige, demokratische Gesellschaft wollen.

**Es gibt das Bild von extrem rechten Argumentationsweisen, z.B. beim Thema Migration, die erfolgreich in die sogenannte Mitte der Gesellschaft platziert werden. Gilt das auch für antifeministische Figuren?**

Auf jeden Fall, wobei ich diese Idee von bewusstem Benutzen infrage stellen würde oder das Bild von einer Mitte, die durch Rechtsaußen manipuliert wird, indem Begriffe hereingeschmuggelt werden. Seit einigen Jahren gibt es viele Errungenschaften von feministischer und queerer Seite, wie die Sexualstrafrechtsreform, die Ehe für Alle oder die dritte Option beim Geschlechtseintrag. Da fühlen sich rechte Antifeministen – zu Recht - in einem Abwehrkampf gegen Entwicklungen, die diese Gesellschaft in Bezug auf progressive Geschlechterpolitiken nimmt.

Dennoch: Viele Errungenschaften haben negative Seiten und wurden teuer erkauft, auch durch eine weitere Diskriminierung von Trans\*- und Inter\*personen oder durch rassistische Politiken. Antifeminismus hat eine breite Basis, auch die Bemühung, feministische Forderungen und Geschlechterpolitiken in die Privatheit zurückzudrängen und zu entpolitisieren. Wenn man sich anschaut, welche geschlechtlichen Bilder bei Hate Speech im Internet vorhanden sind, oder wie schnell es im Internet zu Vergewaltigungsdrohungen kommt oder einer homo- und trans\*feindlichen Sprache, wird offensichtlich, was da für ein Potenzial an Frauenhass und Hass gegenüber sexuellen Minderheiten vorhanden ist. Hier gibt es eine Kopplung von Sprache hin zur Gewalt. Österreich hat letztes Jahr Schlagzeilen gemacht, weil

**Hier gibt es eine Kopplung von Sprache hin zur Gewalt.**

**Die Abschaffung von hegemonialen, ausschließenden Normen heißt nicht die Diskriminierung der Mehrheit.**

dort statistisch gesehen die Zahl von Morden an Frauen sehr hoch ist - im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern und im Verhältnis zur Tötungsrate im Land. Die Motive werden dann als „Familiendrama“, erweiterter Suizid, Beziehungstat oder sonstige „private Gründe“ bezeichnet. Dahinter steht aber die Idee, dass der Mann das Recht hat, über das Leben und die Sexualität der Frau - die er gesellschaftlich legitimiert als ihm zugehörig rechnet - zu bestimmen und zu sanktionieren. Nur bei rassistischer Aufladung als „Ehrenmord“ wird dieses patriarchale Denken als Problem erkannt, die Gesellschaft bezeichnet das aber sonst als private Tragödie.

**Propos Hate Speech: Das sind ja sehr emotionale Kommentare. Mit Fakten kommt man oft nicht weiter. Wie geht man gut in solche emotionalen Diskussionen als Gegenpart?**

Geschlechtliche Identität, sexuelle Orientierung, das sind alles Themen, die tief ins Innerste der Identität von Menschen gehen und dementsprechend auch sehr viele Emotionen hervorrufen. Was beispielsweise in der sehr kurzen Diskussion um die Ehe für Alle deutlich geworden ist, ist aber, wie es politisiert wird. Das muss hervorgehoben werden. Warum sollte es irgendeinen Einfluss auf das Leben einer Birgit Kelle (Aktivistin der antifeministischen „Lebensschutz“-Bewegung) haben, wenn zwei Männer oder zwei Frauen heiraten können? Das wird dann komplett irrational

gespielt, wobei aber ganz deutlich wird, dass das eine politische Agenda ist - das müssen wir uns bewusst machen. Die Leute, die antifeministische Politik machen, machen eine Politik gegen eine vielfältige, diskriminierungsfreie Gesellschaft. Aber diese Gesellschaft haben wir nicht, für die kämpfen wir und die kämpfen dagegen. Diese ganze Figur „Jetzt bald dürfen nicht mehr Mann und Frau heiraten und 3 Kinder kriegen“ ist absurd. Das ist momentan das hegemoniale Modell und nur wenn andere Dinge rechtlich gestellt werden, heißt das nicht, dass es nicht mehr hegemonial ist. Vielleicht ist es das irgendwann nicht mehr, das fände ich ja wünschenswert, denn Hegemonie heißt auch immer Norm und Abwertung von anderen Optionen. Aber die Abschaffung von hegemonialen, ausschließenden Normen heißt nicht die Diskriminierung der Mehrheit. Es ist ein demokratischer Prozess, weil sich die Leute dafür entscheiden. Der Schritt davor, um das abzuwehren, ist, zu behaupten, es gäbe eine Mehrheit, die durch Minderheiten bedroht ist, dabei ist es doch genau umgekehrt. Ich finde es wichtig, das als politische Agenda zu erkennen. Und nicht darauf reinzufallen, dass das Private nicht politisch sei – natürlich ist das Private politisch und dementsprechend wird in das private Feld Politik reingetragen. Der Angriff der Rechten auf emanzipatorische Strukturen legitimiert immer auch, Leute, die nicht der Norm entsprechen, auszugrenzen, anzugreifen, zu verletzen. Wichtig ist zu sehen, wo Frauen-, Mädchen-,

**Natürlich ist das Private politisch und dementsprechend wird in das private Feld Politik reingetragen.**

Schwulen/Lesben- und vor allem auch Trans\*-, Inter\*-/ Queer- Projekte angegriffen werden, ist das ein Angriff von rechts gegen Strukturen und konkrete Menschen. Da heißt es solidarisch sein und Allianzen schmieden. ■

**Das Interview führten Annika Eckel und Claudia Pilarski.**



**#8**

# UNSER AUFTRAG: HALTUNG ZEIGEN!

**Interview mit  
Dr. Franziska Drohse**



Dr. Franziska Drohse, (LL.M) ist Rechtsanwältin. Sie hat als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Prof. Dr. Dr.h.c. Ulrich Battis an der Humboldt-Universität gearbeitet, an der sie auch promoviert wurde. Danach war sie in Berlin als Rechtsanwältin im öffentlichen Recht und Sozialrecht tätig und arbeitet zurzeit im Bereich sexualisierter Gewalt.

**D**er Begriff „Neutralität“ sei in der politischen Bildung fehl am Platz, haben Sie bei einer Podiumsdiskussion gesagt. Aber es gibt doch ein Neutralitätsgebot. Wie können wir das verstehen?

Beim Thema Neutralität muss man zunächst klären, über wen man spricht, also für wen das Gebot gelten soll. Das Neutralitätsgebot steht nicht im Grundgesetz, sondern ist vom Bundesverfassungsgericht entwickelt worden, um den Wettkampf der Parteien um Wähler\_innenstimmen zu regeln. Der Grundgedanke ist, dass es eine Chancengleichheit der Parteien gibt. Diese verbietet es, dass staatliche Stellen staatliche Mittel nutzen, um in den Wettkampf der Parteien einzugreifen. Es soll also davor schützen, dass Parteivertreter\_innen, die ein staatliches Amt inne haben, dieses Amt nutzen um im Wahlkampf Wähler\_innenstimmen für sich zu generieren. Das ist die Grundidee

des Neutralitätsgebots. Anders sieht es bei Nichtregierungsorganisationen aus, wie z.B. freie Träger, Vereine oder Initiativen: Für sie gelten als gesetzlicher Rahmen die allgemeine Meinungsfreiheit aus Art. 5 des Grundgesetzes und die Grenzen des Strafgesetzbuches. Erst ab dem Moment, ab dem sie staatliche Mittel bekommen, macht es Sinn, der Frage nachzugehen, inwiefern das Neutralitätsgebot auch für sie gilt. Im letzten Jahr wurde genau diese Frage zum Gegenstand verschiedener juristischer Einschätzungen. Der Bundesverband Mobile Beratung e.V. und andere Vertreter\_innen der Zivilgesellschaft haben bereits 2016 ein Gutachten hierzu anfertigen lassen.

Bei Nichtregierungsorganisationen, die über öffentliche Mittel gefördert werden, ist davon auszugehen, dass das Neutralitätsgebot für sie in einem geringeren Umfang Anwendung findet. Sie treten nicht als staatliche Stellen und in diesem Sinne nicht als Staat auf, aber sie bekommen staatliche Mittel. Deshalb muss darauf geachtet werden, dass der Staat oder einzelne staatliche Stellen keine Wahlkampfhilfe über externe Träger finanzieren.

Aus juristischer Sicht, macht es Sinn, sich anzuschauen wie eng die Grenzen des Neutralitätsgebots gesteckt werden: Beim Bundespräsidenten hat das Bundesverfassungsgericht den Spielraum relativ weit gesehen. Das ist eine Rechtsprechung an der wir uns orientieren können. Speziell zu Nichtregierungsorganisationen gibt es keine Rechtsprechung, so dass man immer dazu sagen muss, dass es eine Übertragung von Maßstäben aus anderen Entscheidungen geben kann aber eine hundertprozentige Sicherheit gibt es mangels entsprechender

## Für NGOs findet das Neutralitätsgebot in geringerem Maße Anwendung.

## Bei freien Trägern sind die Grenzen des Neutralitätsgebots eher weit zu fassen.

Entscheidungen in der Rechtsprechung nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass der Bundespräsident noch mal weitere Befugnisse hat als Regierungsvertreter\_innen, da er nicht im direkten Wettbewerb mit Parteien um Wähler\_innenstimmen steht. Das ist bei Nichtregierungsorganisationen offensichtlich auch der Fall. Zweites Kriterium war, dass der Bundespräsident keine eigene Informationspolitik machen kann, wie zum Beispiel in Form des Verfassungsschutzberichtes. Das können Nichtregierungsorganisationen offensichtlich auch nicht. Diese beiden Kriterien waren für das Gericht Grund zu sagen, dass staatliche Regierungsvertreter\_innen andere Möglichkeiten haben, auf die Meinungsbildung im Wahlkampf Einfluss zu nehmen, als es der Bundespräsident hat. Das dritte Kriterium war, dass einer Regierung grundsätzlich die Pflicht zukommt über radikale Bestrebungen zu informieren, wie beispielsweise im Verfassungsschutzbericht. Auch das trifft nicht auf Nichtregierungsorganisationen zu. Daraus schlussfolgere ich, dass die eher weiten Befugnisse beim Bundespräsidenten auf nichtstaatliche Träger übertragbar sind und dass die Grenzen des Neutralitätsgebots damit eher weit sind.

### **Was bedeutet es für freie Träger und andere NGOs, dass die „Grenzen des Neutralitätsgebots weit zu fassen sind“?**

Man muss berücksichtigen, wofür Nichtregierungsorganisationen staatliche Mittel bekommen, nämlich für unmittelbare Demokratieförderung. Man kann aus der - im Grundgesetz verankerten - streitbaren Demokratie entnehmen, dass das Engagement für Demokratie und Beteiligung sowie

gegen Rechtsextremismus, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus und gegen Menschenfeindlichkeit unserer Demokratie immanent ist. Die Verfassungsgeber\_innen haben sich als Lehre aus dem Nationalsozialismus bewusst für eine wehrhafte Demokratie entschieden, also eine Demokratie, die um sich selbst kämpft. Und es gibt auch Nichtregierungsorganisationen das Recht, sich in diesem Sinne zu betätigen. Beim Bundespräsidenten hat das Bundesverfassungsgericht gesagt, dass es ihm möglich sein muss, sich zur Beseitigung von Missständen und Fehlentwicklungen in dieser Gesellschaft zu engagieren und sich dazu zu äußern. So kann man das auch für Nichtregierungsorganisationen sagen. Es muss möglich sein, dass diese sagen, wenn es rassistische, antisemitische und rechtsextremistische Fehlentwicklungen und Äußerungen gibt, darauf aufmerksam zu machen und auch darüber aufzuklären. Es wird immer an dem Punkt schwierig, an dem es um eine Diskreditierung einer Partei an sich geht und nicht darum, eine konkrete Fehlentwicklung zu benennen. In dem eine konkrete Äußerung eines Parteivertreters in den Blick genommen wird oder eine bestimmte

## Eine wehrhafte Demokratie kämpft um sich selbst.

programmatische Aussage eines Programms, bewegt man sich auf jeden Fall im Bereich des Zulässigen. Wenn man zu einer generellen Aussage über eine Partei kommt und das mit programmatischen Aussagen und einzelnen Äußerungen von Parteipolitiker\_innen, die repräsentativ für die Partei stehen, untermauert, kann das auch gerechtfertigt sein. Auf der sicheren Seite ist man immer dann, wenn man Einschätzungen an Einzelaussagen festmacht und es nicht den Eindruck macht, es ginge um eine Partei an sich.

### **Was muss ich beachten, wenn ich zum Beispiel mit Jugendlichen arbeite und mit ihnen über anstehende Wahlen und die Programme der verschiedenen Parteien sprechen möchte?**

Das Bundesverfassungsgericht hat stets gesagt, dass sich das Neutralitätsgebot in Wahlkampfzeiten nochmal verdichtet und stärker berücksichtigt werden muss. Die Aussage, was eine stärkere Berücksichtigung heißen soll, ist undefiniert geblieben. Deswegen empfehle ich, dass das Neutralitätsgebot grundsätzlich in der Arbeit Berücksichtigung finden muss. Denn auch der Zeitpunkt, ab wann diese sogenannte Verdichtung stattfinden soll, ist undefiniert. Ich würde mich daher in meinem Team darauf verständigen, wie man selber in seiner konkreten Arbeit das Neutralitätsgebot umsetzen möchte und wie das konsequent umzusetzen ist. Grundsätzlich sind Jugendclubs beziehungsweise freie Träger als Nichtregierungsorganisationen etwas anderes als Schulen: Schule ist eine unmittelbare staatliche Institution, das ist nicht das gleiche wie eine staatliche Regierungsvertretung, für die die Rechtsprechung entwickelt wurde. Allerdings ist Schule als staatliche Institution in der Gesellschaft sichtbar. Ein freier Träger ist zunächst als freier Träger aktiv und tritt nicht als Vertreter des Staates in Erscheinung, deswegen würde ich bei den freien Trägern das Neutralitätsgebot viel weiter sehen.

### **In dem Zusammenhang gibt es häufig den Vorwurf, dass man undemokratisch sei, wenn man beispielsweise zu einer Diskussion nicht Vertreter\_innen von allen Parteien einlädt. Was sagen Sie dazu?**

Zunächst ist zu schauen, ob es sich hier um eine Schule oder eine Podiumsdiskussion in einem Jugendclub handelt. Meiner Einschätzung nach verpflichtet das Neutralitätsgebot nicht in jeder Situation dazu, alle Parteien einzuladen. Grundsätzlich werden nie alle Parteien zu solchen Diskussionen eingeladen, sondern bestimmte Kriterien festgemacht, anhand derer Parteien eingeladen oder nicht eingeladen werden. Ein mögliches Kriterium wäre, dass nur Parteien über der 5%-Hürde eingeladen werden. In meinen Augen ist es vertretbar, dass man noch weitere Kriterien festlegt. Wenn man sich dafür entscheidet, im Rahmen eines Wahlkampfes über die verschiedenen Parteien zu informieren und dazu einzelne Vertreter\_innen einlädt und andere

aus gut begründeten Kriterien nicht, zum Beispiel weil in einem Parteiprogramm antisemitische, rassistische, demokratiefeindliche Positionen vertreten werden, sehe ich da nicht zwangsläufig einen Verstoß gegen das Neutralitätsgebot. Wichtig ist eine präzise Begründung, nach welchen Kriterien eine Auswahl stattfindet und dass es nicht den Eindruck der Diskreditierung einer bestimmten Partei als solcher macht. Kriterien können auch sein, wer etwas zu relevanten Themen sagen kann oder wie die Erfahrungen mit bestimmten Parteienvertreter\_innen aussehen: Wenn Personen schon durch rassistische Äußerungen bekannt geworden sind, kann ich argumentieren, dass die Person nicht eingeladen wird, weil wieder rassistische Äußerungen zu erwarten sind. In meinen Augen kann es auch ein Kriterium sein, dass Schüler\_innen, die schon einmal Opfer von rassistischen Angriffen geworden sind, keinen Situationen ausgesetzt werden dürfen, in denen sie bedroht oder diskriminiert werden.

### **Sie haben angesprochen, dass eine Verständigung zum Umgang mit dem Neutralitätsgebot für Teams wichtig ist. Worauf können sie sich stützen?**

Ich finde es zunächst wichtig, sich den Rahmen zu verdeutlichen. Wie bereits erwähnt, ist der Einsatz für Demokratie und gegen menschenfeindliche Einstellungen etwas, das sich im Rahmen der streitbaren Demokratie aus dem Grundgesetz ergibt. Dass staatliche Gelder genommen werden, um Demokratieförderung zu betreiben, ist letztlich ein Ausdruck davon. Es gibt eine klare Aussage im Grundgesetz, ein Bekenntnis zur Demokratie, zur Menschenwürde und dazu, dass niemand unter Diskriminierung aufwachsen soll.

Für Lehrer\_innen finde ich auch die Orientierung

## **Ein freier Träger tritt nicht als Vertreter des Staates auf.**

## **Das Neutralitätsgebot verpflichtet nicht zwangsläufig dazu, alle Parteien einzuladen.**

am Berliner Schulgesetz hilfreich. Dort heißt es in § 1 explizit, dass Ziel die Heranbildung von Persönlichkeiten sein soll, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus entgegenzutreten und das gesellschaftliche Leben auf der Grundlage, unter anderem, der Demokratie und der Menschenwürde zu gestalten. Dabei müsse die Haltung von der Anerkennung der Gleichberechtigung aller Menschen bestimmt sein. Nimmt man diese Aussagen ernst, ergibt sich aus ihnen, dass es keine Neutralität gegenüber allen möglichen Haltungen gibt, sondern diese Aussagen bedeuten ja gerade, sich im Sinne der dort skizzierten Haltungen gesellschaftlich einzubringen. Ich entnehme dem auch den Auftrag, dass diese Haltung nicht auf einmal obsolet wird, wenn es um die Auseinandersetzung mit Parteien geht. Diese Haltung sollte auch im Umgang mit Parteien sichtbar sein und Parteien womöglich auch genau daraufhin überprüft werden.

Freie Träger können sich auf ihre eigenen Satzungen, Leitlinien oder ihren Vereinszweck berufen. Außerdem ergibt sich der unmittelbare Auftrag, wofür sie staatliche Gelder bekommen, aus dem Zuwendungsbescheid und dem Handlungsauftrag. Dieser Auftrag ist häufig das Eintreten für Demokratie. Wenn das dazu führen würde, dass man sich unter dem Deckmantel der Neutralität aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen – für deren Bearbeitung man unter um Umständen finanzielle Mittel bekommt – nicht mehr äußern kann, sprich rassistische, antisemitische, rechtsextreme Umtriebe zu benennen, dann würde damit ja das ganze Förderziel konterkariert. Zum Auftrag gehört nämlich auch, dass ein konkreter Einsatz für Demokratie erfolgt und letztlich auch eine Haltung transportiert werden

soll. Ich halte es eher für problematisch, wenn diese Arbeit mit Verweis auf das Neutralitätsgebot nicht mehr passieren kann.

### **Welche Empfehlung haben Sie, um mit der Verunsicherung, die es rund um das Thema Neutralität gibt, umzugehen?**

Gerade im Kontext von staatlichen Stellen und freien Trägern ist es immer das Argument der Neutralität, durch das letztendlich versucht wird, demokratisches Engagement zu erschweren. Im öffentlichen Diskurs ist das zum Beispiel die Behauptung, dass man bestimmte Sachen nicht mehr sagen darf und das im gleichen Moment, in dem man diese vermeintlich verbotenen Sachen äußert. Es ist ganz klar eine Strategie zu behaupten, man sei ein Opfer und es ist eine Verschwörung, dass bestimmte Meinungen nicht kundgetan werden dürfen. Das gehört zur Inszenierung dazu. Es ist ein Ziel, Menschen, die sich für Demokratie engagieren, ihre Arbeit zu erschweren und ihnen aufzuerlegen, dass sie diese Auseinandersetzungen führen müssen, statt sie ihre eigentliche Arbeit machen zu lassen.

Ich empfehle, dass man sich im Team ausführlich damit auseinandersetzt, was das Neutralitätsgebot tatsächlich ist. Dass es erst mal für staatliche Verantwortungsträger\_innen konzipiert war und dass es in einem weiteren Umfang für Nichtregierungsorganisationen auch gelten kann, wenn diese staatliche Mittel bekommen. Fachprojekte wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus beschäftigen sich intensiv mit diesem Thema und können die interne Auseinandersetzung begleiten und bei der Entwicklung von individuellen Handlungsmöglichkeiten unterstützen. Ich würde

## **Aus dem Erziehungsauftrag ergibt sich die Pflicht einer Haltung.**

## **Inhaltliche Klarheit und eine gemeinsame Linie geben Sicherheit.**

im Team eine inhaltliche Klarheit anstreben und ich würde dann für bestimmte klassische Anwendungsfälle eine gemeinsame Haltung und Linie miteinander vereinbaren, die dann Sicherheit gibt. Dass man zum Beispiel sensibel bei der Frage ist, wenn es um die Aussagen gegenüber von Parteien an sich geht, dass man aber eine klare Haltung und Konsequenz gegenüber Einzelaussagen oder auch einzelnen problematischen Aussagen haben kann. Dass es einen Unterschied darstellt, ob man informiert und aufklärt oder ob man Werturteile oder Aufrufe veröffentlicht, Parteitage zu stören. Zudem schafft das Zusammentun mit anderen eine totale Stärke im Team aber auch über Organisationsgrenzen hinweg. Sich vernetzen und verbünden schützt und gibt Sicherheit. Wichtig ist auch, sich zu überlegen, was die Konsequenzen im schlimmsten Fall sein können: Bei einer Schule könnte eine Partei sich einklagen, bei freien Trägern wäre gegebenenfalls die Konsequenz, dass der Zuwendungsgeber einem die Mittel entzieht. Sinnvoll kann es sein, sich mit dem Zuwendungsgeber über das Neutralitätsverständnis auszutauschen. Das kann zumindest größere Handlungssicherheit geben.

Und dann denke ich, dass genau diese Frage, wer bei einer Podiumsdiskussion mitdiskutiert, Teil der politischen Arbeit im Sinne des Handlungsauftrags ist: Also darüber zu diskutieren, warum sich bestimmte Meinungen im demokratischen Spektrum im Sinne des Grundgesetzes bewegen und warum das andere eben nicht tun. Ich würde genau das als politischen Auftrag ansehen. Es ist wichtig, ein Verständnis dafür zu entwickeln, dass das eine der Aufgaben ist, weshalb es einen Handlungsauftrag von staatlicher Seite gibt. ■

Das Interview führten Claudia Pilarski und Sarah Regier.

# ADRESSEN

## **Demokratie in der Mitte**

Vor-Ort-Büro in der Fabrik Osloer Straße e.V.  
Osloer Straße 12, 13359 Berlin  
Tel.: 030-495 005 26  
Mail: [info@demokratie-in-der-mitte.de](mailto:info@demokratie-in-der-mitte.de)  
[demokratie-in-der-mitte.de](http://demokratie-in-der-mitte.de)

## **Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke**

Sewanstr. 43, 10319 Berlin  
Tel.: 030-50 56 65 18  
Mail: [mail@licht-blicke.org](mailto:mail@licht-blicke.org)  
[www.licht-blicke.org](http://www.licht-blicke.org)

## **[moskito] – Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt**

Fehrbelliner Straße 92, 10119 Berlin  
Tel: 030-443 71 – 79  
Mail: [moskito@pfefferwerk.de](mailto:moskito@pfefferwerk.de)  
[www.pfefferwerk.de/moskito](http://www.pfefferwerk.de/moskito)

## **Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick**

Michael-Brückner-Str. 1, 12439 Berlin  
Tel.: 030-65 48 72 93  
Mail: [zentrum@offensiv91.de](mailto:zentrum@offensiv91.de)  
[www.zentrum-für-demokratie.de](http://www.zentrum-für-demokratie.de)

#### Herausgeber\_innen:

Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke, Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick, Demokratie in der Mitte und [moskito] – Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt

#### Text- und Bildnachweis:

Alle Rechte liegen bei den Herausgeber\_innen und bei den Interviewpartner\_innen

Titelfoto: Nicolas Sawicki, Attribution 2.0 Generic (CC BY 2.0) / Flickr

Fotos Innen: Dave Collier CC BY-ND 2.0 / Flickr, Klicker / pixelio.de

Layout: Büro Achso | Druck: Spreedruck, Berlin | Dezember 2019

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Gefördert von

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Demokratie *leben!*



Partnerschaften für Demokratie in Wedding & Moabit

FABRIK OSLOER STRASSE  
Zentrum für soziale und kulturelle Arbeit

[moskito]  
Fach- und Netzwerkstelle  
gegen Rechtsextremismus  
für Demokratie und Vielfalt



Stadtkultur gGmbH



FACH- UND  
NETZWERKSTELLE



pad

präventive, altersübergreifende  
Dienste im sozialen Bereich gGmbH



offensiv 91 e.V.  
Wenn ihr mitleid und launende Demut  
für Frauen, Familien, Kinder und Jugendliche